

Für die Arbeit in den Körperschaften bestens aufgestellt

Landesversammlung von ZukunftZahnärzteBayern (ZZB)

Am 29. November 2008 fand in München die Landesversammlung von ZukunftZahnärzteBayern (ZZB) statt. Leitgedanke während der Diskussionen war der ausdrückliche Wille der Mitglieder, die Gesundheitspolitik in Bayern aktiv mitzugestalten.

Eine beeindruckende Bilanz der bisherigen Arbeit konnte der ZZB-Vorsitzende Dr. Janusz Rat vorlegen. Ein Höhepunkt des Jahres 2008 sei die Wahl des ZZB-Gründungsmitglieds Dr. Wolfgang Heubisch in den Bayerischen Landtag und seine Ernennung zum Bayerischen Wissenschaftsminister gewesen. Dies eröffne ZZB die Möglichkeit, seine standespolitischen Vorstellungen stärker als bisher innerhalb der Bayerischen Staatsregierung zu verankern. Rat machte aber auch klar, dass man dabei nicht den Sinn für das Machbare verlieren werde: „Es war noch niemals unser Stil, die politischen Entscheider durch überzogene Forderungen oder Polemik zu verprellen“, erklärte Rat.

Den ZZB-Mitgliedern sei es gelungen, durch eine kontinuierliche Lobbyarbeit die berechtigten Anliegen der bayerischen Zahnärzteschaft in die Politik zu transportieren. Als Anerkennung für die geleistete Arbeit wertete Rat die Besuche des damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein und des neuen Bayerischen Gesundheitsministers Markus Söder bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB). Beide Besuche



Dr. Janusz Rat, ZZB-Vorsitzender, stellte das neue ZZB-Grundsatzprogramm vor.

seien ein Beleg für den hohen Stellenwert, den die Politik in Bayern der KZVB als Vertretung der Vertragszahnärzteschaft beimisst.

Gegenüber Beckstein, Söder und vielen anderen Gesprächspartnern hätten die ZZB-Vertreter klar gemacht, dass die Budgetierung zahnärztlicher Leistungen mit dem freien Beruf des Zahnarztes unvereinbar sei. Auch den Patienten dürfe man sie nicht länger zumuten.

Vor allem die klare Positionierung des neuen Bayerischen Gesundheitsministers zugunsten der Freiberuflichkeit lasse hoffen, dass hier noch in diesem Jahr Verbesserungen erzielt werden könnten. Auch die ablehnende Haltung der Bayerischen Staatsregierung zur Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) ist aus Sicht von ZZB positiv. Sie zeige, dass beharrliches und konstruktives Agieren in der Standespolitik letztlich mehr bewirke als polternder Aktionismus. Die jüngsten Erfolge seien der Beleg dafür, dass ZZB äußerst engagierte und kompetente Standespolitiker in seinen Reihen habe. Das Ausscheiden von Dr. Klaus Aichinger aus dem ZZB-Vorstand machte Nachwahlen erforderlich. Neuer stellvertretender Vorsitzender ist Dr. Rudolf Förschner (Erlangen). Neu in den Vorstand gewählt wurde außerdem Zahnarzt Walter Wanninger (Straubing).



Der Vorstand von ZukunftZahnärzteBayern (ZZB): ZA Walter Wanninger, Dr. Stefan Böhm, Generalsekretär, Dr. Janusz Rat, Vorsitzender, Dr. Rudolf Förschner, stellv. Vorsitzender und Dr. Guido Oster, Schatzmeister (v.l.n.r.)

Dem Wunsch der Mitgliederversammlung nach einer Verjüngung des Vorstandes wurde durch die Schaffung eines Gremiums aus Co-Vorständen entsprochen. Auf Vorschlag des Vorstandes wurden Dr. Axel Wiedenmann (Nürnberg), Dr. Oliver Ebenbeck (Regensburg) und Dr. Peter Scheufele (München) in dieses Gremium gewählt. Nachdem

ZZB schon viele Ziele erreichen konnte, wurde auch das Grundsatzprogramm überarbeitet und einstimmig verabschiedet.

Nach der Mitgliederversammlung ist ZZB inhaltlich und personell für die Arbeit in den Körperschaften bestens aufgestellt.

Dr. Michael Gleau

Auszüge aus dem neuen ZZB-Grundsatzprogramm

ZZB vereinigt alle Zahnärzte unabhängig von ihrer fachlichen Ausrichtung oder ihren politischen oder berufspolitischen Orientierungen.

ZZB steht für die Therapiefreiheit des Zahnarztes als oberstes Gebot.

ZZB tritt ein

- für eine tragfähige betriebswirtschaftliche Existenzgrundlage der freien Zahnarztpraxen
- für eine individuelle fortschrittliche Zahnheilkunde durch unabhängige freiberufliche Zahnärzte
- für Versorgungsqualität durch eine verantwortungsbewusste Berufsausübung
- für den Schutz der personenbezogenen Daten von Patienten und Zahnärzten

ZZB steht im Interesse der Patienten, des Fachgebiets und des zahnärztlichen Berufsstandes

- gegen fachfremde Bevormundung von Patient und Zahnarzt durch Staat und Krankenkassen
- gegen den drohenden Qualitätsverfall in der medizinischen Versorgung durch ein staatlich verordnetes Budget
- gegen Leistungsbeschränkungen durch statistisch ermittelte Vorgaben
- gegen eine ausufernde und kostenintensive Bürokratisierung im Gesundheitswesen

ZZB vertritt die Interessen der Zahnärzte gegenüber den Krankenkassen, privaten Kostenerstat-

tern, staatlichen Kostenträgern sowie Politik und zahnärztlichen Körperschaften.

ZZB legt Wert auf eine schlanke und effektive Organisationsstruktur und sorgt für einen effektiven Informationsaustausch unter den Bezirksgruppen und seinen Mitgliedern.

ZZB unterstützt im Rahmen der Grundversorgung die Forderung nach befundbezogenen Zuschüssen in geeigneten Bereichen. Im Übrigen sind Alternativmodelle zu entwickeln. Die laufende Abschmelzung des Ausgabenanteils der GKV für zahnärztliche Behandlungen muss beendet und eine Trendwende eingeleitet werden.

Die Honorierung der Grundversorgung muss betriebswirtschaftlich kalkuliert sein und darf nicht der Subventionierung durch Wahlleistungen bedürfen.

ZZB sieht in gedeckelten Budgets aller Art und in jeder Form von Einkaufsmodellen keine neuen Lösungsansätze, sondern ein Verharren in alten Denkfehlern.

ZZB ist gegen jede Form der Vermischung des BEMA mit Elementen der GOZ, wie sie im Jahr der Kostenerstattung 1998 zustandegekommen ist.

Das vollständige ZZB-Grundsatzprogramm finden Sie unter www.zzb-online.de